

Dialogforum II: Energiewende teuer und ungerecht? Ein Realitäts-Check

Damian Ludewig (FÖS)

Kurzinput: Energiewende teuer und ungerecht?



Dipl.-Volkswirt Damian Ludewig ist seit April 2008 Geschäftsführer des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V. (FÖS). Er vertritt das FÖS im SprecherInnenrat der Klima-Allianz, einem Bündnis aus über 100 Organisationen aus den Bereichen Kirchen, Entwicklung, Umwelt, Wirtschaft und Gewerkschaft. Darüber hinaus ist er seit 2010 Kuratoriumsmitglied des Instituts für solidarische Moderne und hält einen Lehrauftrag an der Universität Lüneburg. Von 2004 bis 2008 war er Jugendvertreter im Präsidium des Deutschen Naturschutzrings (DNR), zuvor Bundesjugendsprecher der Naturschutzjugend im NABU.

Christian Woltering (Paritätischer Wohlfahrtsverband)

Kurzinput:



Dipl.-Sozialwirt Christian Woltering ist Referent für fachpolitische Grundsatzfragen im Paritätischen Wohlfahrtsverband und arbeitet hier unter anderem zum Thema sozialverträgliche Energiewende. Der Paritätische – Gesamtverband e.V. ist einer der sechs Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege in Deutschland. Bevor er 2010 zum Paritätischen Gesamtverband wechselte, studierte Christian Woltering an der Georg-Augusta-Universität in Göttingen, arbeitete dort zunächst als studentische Hilfskraft am Lehrstuhl von Professor Dr. Franz Walter und später am Institut für Demokratieforschung als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Wo ist die Unterschicht in der Bürgergesellschaft“.

Marlene Potthoff (Caritas Stromsparcheck)

Kurzinput: Umgang mit teurer Energie – Effizienzförderung; Der Stromspar-Check: Umwelt und Soziales zusammen denken



Marlene Potthoff studierte Biologie und politische Wissenschaften für höheres Lehramt in Hamburg und Hannover und absolvierte ihr Referendariat im Ausbildungsseminar Hannover. Seit Oktober 2009 ist sie Projektleiterin des Energiesparservice und Stromspar-Check des Caritasverbands Frankfurt, im Oktober 2011 hat sie auch die Bundeskoordination des Stromspar-Checks für den Deutschen Caritasverband e.V. übernommen. Bevor sie 2009 zur Caritas wechselte, arbeitete Marlene Potthoff unter anderem als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Wissenschaftsladen Hannover sowie für das Ecolog-Institut. Später war sie auch als Umweltpädagogin am Umweltzentrum Hannover e.V. und als Kampagnenleiterin der Klimaschutzagentur Region Hannover tätig.

Nick Reimer (klimaretter.info)

Moderation

Nick Reimer studierte in Freiberg, Prag und Berlin Umwelt- und Energieverfahrenstechnik und ist Redaktionsleiter des Onlinemagazins zur Klima- und Energiewende klimaretter.info. Im Wendeherbst 1989 war er Mitgründer der ersten überregionalen Umweltzeitschrift der DDR, Ökostroika, zu deren Chefredakteur er 1990 gewählt wurde. Nach dem Bankrott der Zeitung Anfang 1992 war er bis 1993 Vorstandssprecher der Grünen Liga. Nach einem Volontariat bei der Berliner Zeitung arbeitete er dort bis 1996 als Redakteur, wechselte als Reporter zur Morgenpost in Dresden. Seit 1998 schreibt er für die tageszeitung, anfangs als Korrespondent aus Dresden, dann als Wirtschaftsredakteur in Berlin.

Das Dialogforum

Anliegen des Dialogforums „Energiewende teuer und ungerecht? Ein Realitäts-Check“ war es, die oft vernachlässigte soziale Komponente in der Debatte um die aus ökologischer Sicht als richtig und wichtig einzustufende Energiewende zu diskutieren. Schließlich wird gerade angesichts steigender Strompreise, die insbesondere einkommensschwache Haushalte treffen, das Großprojekt Energiewende zunehmend als unsozial diskreditiert. Richtig ist: Durch die Erhöhung der EEG-



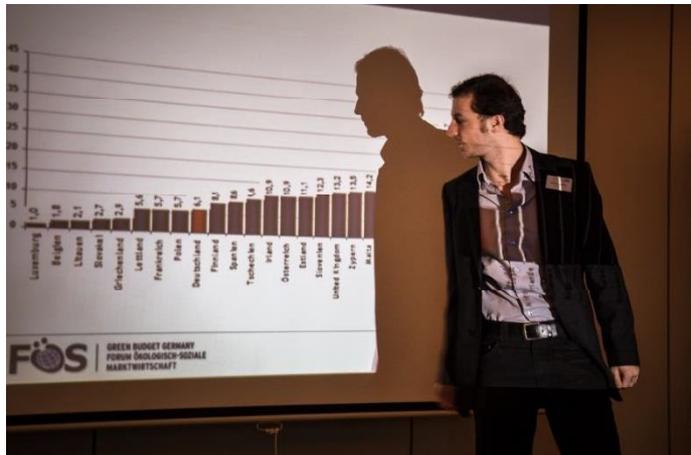
Umlage ist die Energiewende für alle Haushalte im Geldbeutel spürbar. Dabei ist es aber vor allem fehlende Verteilungsgerechtigkeit, die die Akzeptanz der Energiewende gefährdet. Auf lange Sicht wird der Umstieg auf Energie aus regenerativen Quellen wie Sonne und Wind die Stromkosten senken, schon ab 2025 könnten erneuerbaren Energien günstiger sein als Energie aus konventionellen Quellen.

Insbesondere die Frage der sozialen Gerechtigkeit und der fairen Verteilung der Kosten stellen eine zentrale Herausforderung für das Gelingen der Energiewende dar. Kosten müssen sozialgerecht verteilt und solidarisch getragen werden, ohne gleichzeitig den Industriestandort Deutschland zu gefährden. Transparenz und faire Kostenverteilung sind notwendig, um die Akzeptanz der Energiewende in Bevölkerung und Wirtschaft nicht zu gefährden. Umwelt- und Sozialverbände sind hier mit ihre Positionen und Forderungen nicht weit voneinander entfernt und sollten eine gemeinsame Position finden, die die Energiewende stärkt und eine sozial gerechte Umsetzung einfordert. Umwelt und Soziales dürfen in der Energiefrage nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen gemeinsam für eine erfolgreiche Energiewende eintreten. Die TeilnehmerInnen des Forums diskutierten hierzu die Leitfragen: Welche (ökologischen und sozialen) Gewinne birgt die Energiewende kurz-, mittel- und langfristig? Und: Welche politischen Instrumente und sozialpolitische Innovationen können dazu beitragen, die Kosten und Lasten der Energiewende besser zu verteilen und insbesondere sozial benachteiligte Haushalte zu entlasten?

Energiewende teuer und ungerecht?

Damian Ludewig, Geschäftsführer des FÖS, traf in seinem einleitenden Kurzinput sechs zentrale Aussagen zur Energiewende:

1. Die Energiewende ist wichtig und richtig. Sie ist Eckpfeiler der deutschen Klimaschutzpolitik und als solcher beispielhaft für die europäische und internationale Staatengemeinschaft. Darüber hinaus verringert die Energiewende die wirtschaftliche Abhängigkeit Deutschlands von natürlichen Rohstoffen aus dem Ausland.
2. Steigende Energiepreise setzen Anreize zu gesteigerten Energieeinsparungen, Effizienz und Innovationen. Bis 2020 ließen sich allein 7,2 Milliarden Euro durch mehr Energieeffizienz beim Stromverbrauch einsparen.
3. Energie ist noch zu billig: Das Steuersystem setzt falsche Anreize, da es Arbeit verteuert statt Energie und Umweltbelastungen zu besteuern.
4. Mittelfristig führt die Energiewende zu einer Senkung der Kosten für Strom und Energie.
5. Der Strompreisanstieg ist vergleichsweise moderat und nur teilweise auf die Energiewende zurückzuführen, die EEG-Umlage macht nur 3,4 Prozent des Energiepreises aus.
6. Gezielte Entlastungen sind für Industrie und einkommensschwache Haushalte gerechtfertigt, sollten aber nicht an den Energiepreisen ansetzen. Gerade Industrie-Vergünstigungen dürften Energieeffizienzpotenziale nicht verschonen.



???

Umgang mit teurer Energie – Effizienzförderung

Der Stromspar-Check: Umwelt und Soziales zusammen denken



In einem dritten Kurzinput stellte Marlene Potthoff (Caritas-Frankfurt) den Stromspar-Check als beispielhaftes Projekt für das Zusammendenken von Umwelt und Sozialem vor. Im Rahmen des Stromsparchecks schult die Caritas Langzeitarbeitslose zu Stromsparhelfern, die bei Empfängern von Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe oder Wohngeld kostenlose Energieparberatungen durchführen. Das Projekt verfolgt dabei verschiedene sozial- und klimapolitische Ziele wie z.B. Kostenentlastungen für einkommensschwache Haushalte, CO₂-Einsparungen oder einen Beitrag einkommensschwacher Haushalte zu den Klimaschutzzielen der Bundesregierung. Darüber hinaus bietet der Stromspar-Check aber auch Qualifikationsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose und sensibilisiert Haushalte für effiziente Energienutzung.

Inzwischen wird der Stromspar-Check an 100 Standorten in Deutschland angeboten, an denen rund 2000 Energiesparhelfer im Einsatz sind. Pro Jahr konnte durch den Stromspar-Check eine durchschnittliche Gesamteinsparung von 138 Euro und 286 kg CO₂ pro Haushalt erreicht werden.

Diskussion

Die Diskussion im Dialogforum drehte sich zunächst vor allem um den Begriff „Energiearmut“, der unter den Teilnehmern stark umstritten war. Bislang gibt es keine genaue Definition des Begriffs, EU-weit wird aber häufig die britische Definition verwendet: Wenn mindestens 10 % des Grundeinkommens für Energie ausgegeben werden, spricht man von Energiearmut. In Deutschland trifft diese Zustandsbeschreibung auf 13,8 % aller Haushalte zu. Erweitert wurde die Debatte noch um die Frage der Kausalität zwischen der Tatsache, dass im letzten Jahr 312.000 Haushalten der Strom abgestellt wurde und dem steigenden Strompreis. Eine direkte Kausalität sahen die TeilnehmerInnen des Forums hier aber nicht. Auch Kostensteigerungen in anderen Lebensbereichen trügen schließlich zur Zahlungsunfähigkeit bei. Man müsse also eher allgemeine Gründe für Armut, nicht aber nur über Energiearmut diskutieren.

Schließlich war es allgemeiner Konsens der TeilnehmerInnen, dass die Begriffsdebatte keine inhaltlichen Fortschritte bringe. Stattdessen wurden Lösungen für die Problemstellungen erarbeitet, wie die Energiewende sozial gerecht gestaltet werden könne. Das Dialogforum stellte hierzu drei Thesen auf und untermauerte diese durch vier konkrete Forderungen:

These I: Die Energiewende ist ein wichtiges Projekt für die Zukunft und muss fortgeführt werden.

These II: Die Energiewende führt mittelfristig zu Kostensenkung

These III: Die beste Energie ist diejenige, die eingespart wird.

Forderungen:

1. Aufstockung von Sozialtransfers in Verbindung mit flächendeckender kostenloser Energiesparberatung
2. Förderung energetischer Gebäudesanierung auch in einkommensschwachen Haushalten
3. Abbau der Industrievergünstigungen
4. Förderung energieeffizienter Haushaltsgeräte unter engen Rahmenbedingungen; zum Beispiel muss der Reboundeffekt ausgeschlossen werden